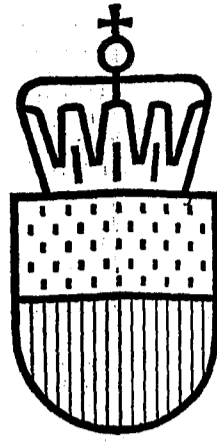


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 219 37 / 224 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 219 37, Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ — Vaduz, Mittwoch, 19. Mai 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 73

## Die öffentliche Landtags-sitzung von gestern Dienstag

Kurzbericht über die Beratungen in der vormittägigen Sitzung

Nach einer mehr als einstündigen Konferenzsitzung eröffnete Landtagspräsident Fürstlicher Sanitätsrat Dr. Martin Risch gestern vormittag kurz nach 10 Uhr die öffentliche Landtagssitzung. Der Landtagspräsident begrüßte die Abgeordneten beider Parteien und Herrn Regierungschef Dr. Gerard Batliner als Vertreter der Fürstlichen Regierung. Die Fortschrittliche Bürgerpartei war durch die Abgeordneten Dr. Ernst Büchel, Hans Gassner, Meinrad Ospelt, Georg Oehri, Stefan Wachter, Franz Josef Schurti und Leo Gerner vertreten. Von der Vaterländischen Union fehlten Landtagsvizepräsident Dr. Otto Schädler und Landtagsabgeordneter Dr. A. Vogt. Anwesend waren die Herren Abgeordneten Dr. Franz Nägele, Johann Beck, Andreas Vogt, Alois Oehri, Paul Oehri, Gustav Ospelt und Roman Gassner.

Nach der Genehmigung des Protokolls der Landtagssitzung vom 31. März 1965 behandelte der Landtag den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Liechtensteinischen Landesbank und der Liechtensteinischen Kraftwerke. Beide Berichte und Rechnungen wurden von den anwesenden Abgeordneten einstimmig gutgeheissen. Eine Anregung des Abgeordneten Johann Beck, wonach die Jahresrechnungen und Be-

richte der beiden Landesinstitute zuerst den Landtag passieren sollten, bevor sie, wie üblich, schon der liechtensteinischen Presse veröffentlicht werden, wurde vom Regierungschef dahingehend beantwortet, dass durch die Publikation auch in der Öffentlichkeit über die Arbeit in den Landesinstituten orientiert werde. Die Öffentlichkeit habe dann die Möglichkeit, sich schon vor der Landtagssitzung mit den Jahresrechnungen und Berichten bekannt zu werden und könne damit die Arbeit des Landtags auch besser verfolgen.

Der vierte Punkt der Tagesordnung behandelte das Thema Anbauprämien für Futtergetreide. Der von der Fürstlichen Regierung vorgelegte Gesetzesentwurf wurde vom Parlament in erster Lesung behandelt.

Ohne Gegenstimme wurde dem Antrag der Fürstlichen Regierung auf Gewährung eines Sonderbeitrages von ca. Fr. 13 000.— an die Druckkosten der Orgelwerke des Komponisten Josef Gabriel Rheinberger stattgegeben. Dem Gesuch der Gemeinde Triesen um Gewährung einer 50prozentigen Subvention an die Restaurierung der Muttergotteskapelle in Triesen wurde ebenfalls zugestimmt.

Längere Diskussionen entspannen sich beim Antrag der Fürstlichen Regierung betreffend Schaffung eines Gesetzes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz. Nachdem namentlich der Abgeordnete Dr. Ernst Büchel auf verschiedene Unzulänglichkeiten im Gesetzesentwurf hinwies, die sich unter anderem auf die Verpflichtungen der Gemeinden und Privaten im Einbau von Luftschutzräumen bezogen, und nachdem auch weitere Stimmen laut wurden, die den Gesetzesentwurf kritisch durchleuchteten, beschloss der Landtag, den Entwurf einer Kommission zur weiteren Bearbeitung zu übergeben. In diese Kommission wurden ausser Landtagspräsident Dr. Martin Risch, die Herren Abgeordneten Dr. Ernst Büchel, Georg Oehri, Andreas Vogt und Roman Gassner gewählt.

Mit der Behandlung des Gesetzesentwurfes über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz ging die vormittägige Landtagssitzung zu Ende. Über die Fortsetzung der Beratungen, die erst um 15 Uhr begannen, und über verschiedene Einzelheiten in der Behandlung der vorerwähnten Traktanden, werden wir in unserer morgigen Ausgabe näher berichten.

## Die Kirche in der modernen Welt

Schema 13 versandbereit

Rom (Kipa) Das Schema 13 (das die Kirche in der modernen Welt behandelt), das von der Gemischten Kommission, die aus Mitgliedern der Theologischen Kommission und der Kommission für das Laienapostolat gebildet ist, hat eine tiefgreifende Umänderung erfahren. Die Koordinationskommission, die vor ein paar Tagen zusammengetreten ist, hat sich mit diesem neuen Text befaßt. Nach Einsichtnahme durch den Papst wird die Neufassung des Schemas 13 erneut im Konzil zur Debatte stehen.

Das neue Schema enthält nunmehr nur noch drei Kapitel (statt bisher vier). Das erste Kapitel befaßt sich mit den «Merkmale der menschlichen Situation heute». Ins zweite Kapitel, das von der Kirche und der Lebensbedingung des Menschen handelt, wurde ein Abschnitt über den Atheismus eingefügt. Das dritte Kapitel ist den «hauptsächlichen Aufgaben des Christen in unserer Zeit» gewidmet. Es handelt u. a. vom politischen Leben, von der Würde der Ehe und Familie und spricht auch von «bewußter Fortpflanzung». Falls die Sonderkommission, die im Auftrag des Papstes sich u. a. mit der Frage der Geburtenregelung zu befassen hat, ihre Arbeiten rechtzeitig abgeschlossen haben sollte, könnten deren Schlussfolgerungen hier eingefügt werden. Im dritten Kapitel ist auch von der «internationalen Gemeinschaft» und vom «Frieden» die Rede. Es spricht auch vom Problem der atomaren Waffen und von der Erlaubtheit der Anwendung von Waffengewalt im Verteidigungskrieg.

September stattfinden. Obwohl die Menschen in Westdeutschland es nicht mehr gerne hören, wenn man von historischen Entscheidungen spricht — solche Begriffe sind unter Hitler über Gebühr strapaziert worden — kann man getrost sagen, dass die Wahlentscheidung vom 19. September 1965 für Land und Volk tatsächlich historische Bedeutung haben wird.

Warum? Wer die Verhältnisse im freien Teil Deutschlands einigermaßen kennt, weiss, dass das eine anspruchsvolle Frage ist. Sie lässt sich nicht pauschal beantworten. Sie verlangt auch nicht nur

## Die Bundesrepublik Deutschland im Wahljahr

Von unserem parlamentarischen Korrespondenten

DK Bonn. — Woche für Woche trifft sich Konrad Adenauer, von 1949 bis 1963 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, mit einer kleinen Runde von Männern und Frauen seiner Partei, um Strategie und Taktik des Wahlkampfes 1965 zu beraten. Denn der ehemalige Kanzler ist noch immer einer der einflussreichsten Politiker des Staates, den er vor 16 Jahren gründete — und danach eigenwillig und erfolgreich nach seinen Vorstellungen geprägt hat. Konrad Adenauer, 89 Jahre alt, hatte bei seinem Verzicht auf das Amt des Regierungschefs zugunsten Ludwig Erhards nur die eine Hälfte seiner Macht aus der Hand gegeben. Er blieb weiterhin der Vorsitzende der Christlich-DEMokratischen Union (CDU), der stärksten Partei Westdeutschlands. Und das wird er auch noch mindestens ein Jahr bleiben.

In der als «Grundgesetz» bezeichneten Verfassung der deutschen Bundesrepublik wird den Parteien ein zwar nicht genau definierter, jedoch bedeutender Einfluss auf das politische Leben zugestanden. Es wird ihnen darin auferlegt «an der politischen Willensbildung» mitzuwirken. Zugleich verpflichtete diese Verfassung im Jahr 1949 das Parlament, die Kompetenz der Parteien in einem besonderen Gesetz zu regeln. Dieses Gesetz gibt es noch immer nicht: Entwürfe liegen vor, die ein Spezialausschuss des Bundestags bis zum Sommer, also bis zum Ende der Legislaturperiode des gegenwärtigen deutschen Bundestages, behandeln und zur Verabschiedung vorlegen soll. Ob das gelingen wird, ist zweifelhaft, da bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit einer staatlichen Finanzierung der Parteien geregelt werden soll. Ungehemmt von der legislativ noch nicht exakt formulierten Aufgabe der Parteien ist es in der Bundesrepublik, wie in fast allen demokratischen Staaten der freien Welt, freilich so, dass die Vorsitzenden der grossen Parteien bei der Gestaltung des politischen Lebens das entscheidende Wort reden. In der Bundesrepublik treten die Parteichefs nicht immer in dieser Rolle auf; sie haben in der Regel noch andere Ämter. Adenauer war als Vorsitzender der CDU auch Regierungschef. Der vielgenannte Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union (seiner Schwesternpartei der CDU, die es nur in Bayern gibt), Franz-Josef Strauss, war viele Jahre lang Minister in Adenauers Regierung, einmal für Atomfragen und dann für das Verteidigungswesen. Der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, der kleinsten, die im Bundestag vertreten ist, Erich Mende, wirkt zur Zeit auch als Vizekanzler und steht zugleich dem Ministerium für «Gesamtdeutsche Fragen» vor — einem Ministerium, das in der Hauptsache mit Angelegenheiten befasst ist, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben. Und der Führer der grossen sozialdemokratischen Oppositionspartei, Willy Brandt, wurde international durch bekannt, dass er gleichsam im Hauptberuf als «Regierender Bürgermeister» von West-Berlin fungiert.

Wenn Konrad Adenauer also regelmässig mit einer von Geheimnis umwitterten Gruppe seiner politischen Freunde zusammentrifft, um über Strategie und Taktik des Wahlkampfes für den nächsten Deutschen Bundestag zu beraten, so tut er das als Chef-

der führenden Regierungspartei. Der Bundeskanzler Ludwig Erhard hat in dieser Partei kein besonderes Amt. Natürlich gehört er, wie alle CDU-Mitglieder der Regierung, gewissermassen automatisch ihrem Vorstand an. Diese Regelung ist von der Partei jedoch in erster Linie deshalb getroffen worden, damit die Regierungsmitglieder vor diesem Gremium ihre Massnahmen vertreten und notfalls rechtfertigen können. Sonst aber ist Bundeskanzler Erhard nur einfaches CDU-Mitglied. Er gehört in der Partei

nicht zu den Stellvertretern Adenauers — wie zum Beispiel der Parlamentspräsident Eugen Gerstenmaier, der Verteidigungsminister von Hassel, der Arbeitsminister Theodor Blank und der Koordinator für Verteidigungsfragen, Minister Heinrich Krone. Die Bundestagswahlen, um die sich der CDU-Vorsitzende Adenauer genauso sorgt wie die anderen Parteivorsitzenden — Strauss, Mende und Brandt —, werden, wie auch die vorangegangenen Wahlen in den Jahren 1949, 1953, 1957, 1961, im

## Die Zeit muss für eine Idee reif sein

Die Geschichte des Roten Kreuzes — Von Dr. Hermann Werder, Grabs

(Schluss)

Es gilt nun nach unserem Rückblick und Überblick eigentlich auch noch einen Ausblick in die Zukunft unseres grossen Werkes zu tun.

Die künftige Entwicklung des Schweizerischen Roten Kreuzes, im Zeitalter der Interdependenz, also der gegenseitigen Abhängigkeit wird mehr und mehr an die Entwicklung des Internationalen Roten Kreuzes gebunden sein, vor allem durch Zusammenarbeit in der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften. Wir dürfen als Schweizer nicht abseits stehen, ja es geziemt uns, wenn nicht in die Führung, so doch in die stärkere Aktivität innerhalb dieser Organisation hineinzuwachsen, nachdem der schweizerische Beitrag auf internationalem Gebiet jahrzehntelang allzu bescheiden und zurückhaltend gewesen war. Viele Ansätze dazu sind vorhanden, was schlaglichtartig ein Neues beleuchten möge, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre: Aufmerksam gemacht auf empfindliche Mängel der Sanitätshilfe im Jemen-Konflikt schalteten sich IKRK und Liga ein und baten unter anderem das Schweizerische Rote Kreuz, eine Expedition auszustatten, um den Kriegsoffern zwischen den Fronten der beiden Jemen-Parteien Hilfe zu bringen. Nun wirkt seit vielen Monaten dort in der arabischen Wüste ein schweizerisches Feldlazarett und die Armee erlaubt, dass schweizerische Sanitätsoffiziere einen Teil ihrer pflichtigen Dienste in diesem Rotkreuz-Einsatz in Jemen bestehen können.

Schwerer allerdings sind die Probleme und Entscheidungen, vor die in naher Zukunft das Internationale Rote Kreuz gestellt sein wird. Sie wissen, dass mit berechtigtem Zögern das IKRK auf beiderseitigen Wunsch — wie das immer sein Grundsatz gewesen war — eine Ver-

mittlung im Kuba-Konflikt des Spätjahres 1963 übernommen hatte und damit, im Ziel auf eine politische Aktion, erstmals die Grenzen rein caritativer Tätigkeit überschritt. Bedeutende Männer, wie Botschafter Francois-Poncet, Präsident des Französischen Roten Kreuzes und der Historiker, Prof. Jaques Pirenne in Belgien sind Befürworter einer neuen und vielleicht dereinst notwendig werdenden Ausweitung der Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes. Hier kann aber alles auf dem Spiel stehen. Es kann vielleicht Höchstes gewonnen werden, aber auch alles verloren gehen, das Rote Kreuz zu einer Friedensliga auszuweiten, mit dem Ziel, künftige Kriege zu verhindern. Mit guten Gründen leistete damals das Komitee der Fünf keine Gefolgschaft, im Gegenteil, wir glauben, dass hier der Hauptgrund lag, das Dunant ausgeschaltet und ins Exil getrieben wurde. Die Zeit war damals noch nicht reif für solche Gedanken. Ob sie es heute ist? Wir wissen es nicht. Vielleicht erweist es sich in naher Zukunft schon, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als die einzige geistige Macht mit der genügenden Allgemeinanzerkennung aufgerufen wird, Aufgaben an die Hand zu nehmen, welche zur Verhütung einer Weltkatastrophe getan werden müssen. Wir müssen uns aber bei so wichtigen Entscheidungen einer Mahnung Max Hubers, des früheren Präsidenten des IKRK aus dem Jahre 1940 erinnern, der in seinem Aufsatz «Das Rote Kreuz und die Kriegsverhütung» schrieb: «Der schöne Wunsch, den Blick weiter zu lenken, grösser zu sehen und in noch stärkerer Masse aufbauend tätig zu sein, kann unter gewissen Umständen zu einer Versuchung werden, der gegenüber man fest bleiben muss. Dies ist dann der Fall, wenn man

dadurch in Gefahr gerät, eine Aufgabe, die ausgeführt werden muss, zu vernachlässigen. Diese Gefahr besteht aber zweifelsohne, wenn das Rote Kreuz über seine ureigenste und nur ihm eigentümliche Rolle hinausgehen will. Unter den tragischen Verhältnissen, die der Krieg hervorruft, kann es seine Sendung nur dann erfüllen, wenn es wirklich universal und unparteiisch zu bleiben versteht. Seine Selbstverleugnung, die darin besteht, alle seine Anstrengungen auf das ihm eigene Ziel zu richten, ist die Quelle seiner Grösse und seiner Kraft. Dank ihr kann das Rote Kreuz so manche Katastrophe überleben und, als letztes Band zwischen den Menschen, zum Ausgangspunkt des kommenden Wiederaufbaues werden. Vielleicht aber hat die Entwicklung seit Hiroshima die Voraussetzungen so geändert, dass die damals bestimmte berechtigte weise Zurückhaltung einmal überlebt sein mag. Hoffen wir, dass dann zumal ein guter Stern über Entscheidungen stehen möge, die von so ungeheurer Tragweite sein können.

Ein Letztes möchte ich noch antönen. Es handelt sich um den steten Antagonismus, das Spannungsfeld zwischen Idee und Institution. Die Spannung zwischen Dunant und dem Komitee der Fünf verkörpert ja nur ein allgemeines Gegensatzpaar, das überall in Erscheinung tritt, wo Ideen sich verwirklichen sollen. Die grösste Idee hat keinen Bestand, wenn sie nicht von der ihr folgenden Institution getragen wird. Der Institution aber wohnen immer Strebungen inne, die zur Idee im Widerspruch stehen und, wenn sie überwuchern, die Idee zerstören: Die Institution neigt immer einerseits zur Ausweitung und Verselbständigung, andererseits zur Erstarrung und zur Verleugnung der ihr zugrunde liegenden Idee. Keine Bestrebung der Menschheit, und wäre sie die höchste, ich denke für uns hier an die christliche Kirche, kommt um diesen Zwiespalt herum oder kann diesem Zwiespalt entgehen und jede Generation muss sich auf